

Zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration des Rates der Stadt Wilhelmshaven am 22. Juni 2023 stellen wir zu

**Top 5.4. Umgang mit Diversität** folgenden

## **Dringlichkeitsantrag nach §8 der GO vom 15. März 2023**

Die Gewährleistung von Sicherheit, Schutz und Gleichberechtigung für alle Menschen ist ein grundlegendes Ziel einer jeden Gesellschaft. Doch während Fortschritte in Richtung einer inklusiven und akzeptierenden Gesellschaft gemacht wurden, bleibt eine Gruppe in bestimmten Umgebungen weiterhin besonders schutzbedürftig: Queere Menschen.

In allen Sammelunterkünften sind LGBTIQ\*-Personen oft mit besonderen Herausforderungen und Risiken konfrontiert, die es dringend erfordern, ihre spezifischen Bedürfnisse und Sicherheitsanliegen zu berücksichtigen. Zum Teil wird ihre Existenz und geschlechtliche Identität sogar geleugnet oder negiert, was für queere Menschen zusätzlich schmerzhaft und verletzend ist.

Queere Menschen haben eine erhöhte Schutzbedürftigkeit, insbesondere in den Sammelunterkünften. Es ist unerlässlich, diese Aspekte in den Fokus zu rücken, um eine gerechte und sichere Umgebung für alle zu schaffen.

Wir sehen folgenden dringenden Handlungsbedarf und die sofortige Notwendigkeit der Umsetzung folgender Maßnahmen durch die Verwaltung der Stadt:

1. Die uns bekanntgewordenen Schilderungen über die schwierige Situation vulnerabler Gruppen, hier insbesondere queerer Menschen, die in den städtischen Sammelunterkünften untergebracht sind, sind in höchstem Maße beängstigend. Die uns bekannten Initiativen der Verwaltung sind zur Umsetzung von Schutzmaßnahmen für die in den Wilhelmshavener Sammelunterkünften unterbrachten LGBTIQ\*-Menschen nicht ausreichend und mit hoher Dringlichkeit zu verbessern.

2. Die Verwaltung wird aufgefordert, einen "Safer Space" für queere Menschen sofort zur Verfügung zu stellen, um die derzeit bekannten LGBTIQ\*-Personen zu schützen. Dazu soll zügig über GGS eine Wohnung als verlässlicher „Safer Space“ angemietet und dort LGBTIQ\*-Geflüchtete untergebracht werden, um sie vor Gewalt, Diskriminierung, Retraumatisierung und Ausgrenzung zu schützen.

3. Für die sofortige bzw. weitere Belegung bzw. die organisatorische und qualifizierte Umsetzung eines ersten „Safer Space“ wird ein unterstützendes beratendes Auswahlgremium gebildet, um die gegebenenfalls die Verwaltung bei

der Belegung zu unterstützen, zu beraten, eigene Vorschläge einzubringen und um unter Umständen ein Veto einlegen zu können.

4. Für dieses Auswahlgremium werden die Anlaufstelle für sexuelle Gesundheit und Vielfalt der hiesigen Aids-Hilfe, die Migrationsberatung der Caritas und die Migrations- bzw. mobile Gemeinwesenarbeit der Diakonie gebeten, eine im Bedarfsfall schnell erreichbare Person zu benennen, die in Fragen der Belegung ein (mehrheitliches) Votum abgeben sollen. Die Gleichstellungsbeauftragte bzw. eine von ihr zu benennende Vertretungsperson sind geborene Mitglieder des Gremiums.

5. Dem Auswahlgremium gehört ein vom Sozialausschuss zu benennendes stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses an.

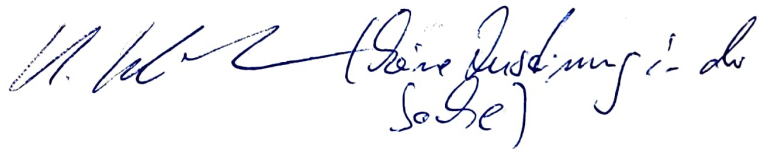
6. Das Gremium berichtet dem Sozialausschuss über seine Tätigkeit und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung.



Br. Franziskus/Miguel Schaar



Martin Burkhardt



Wainstock

#### Erläuterung Safer Space:

Mit dem Begriff Safer Space soll ausgedrückt werden, dass der Raum sicherer ist als die Alltagswelt, In Safer Spaces wird darauf geachtet, dass keine bis wenig Diskriminierung und Gewalt passiert und es gibt Mechanismen (z.B. ein Awareness-Team), die sich um Diskriminierung, die passiert, kümmert.